

Suggestive Fakten und Wissenschaft

Von Hilmar Schneider

Hartz-IV-System bekämpft werden. Das sind wohlfeile Botschaften, die ihren Weg in die Öffentlichkeit gerade in Wahlkampfzeiten nicht verfehlen. Einer wissenschaftlichen Belastungsprobe halten sie aber nicht stand.

Man kann der Ansicht sein, dass das hier verwendete Messkonzept auf einem relativen Armutsbegriff beruht und daher ohnehin fragwürdig ist. Aber unabhängig davon hätte den Autoren bekannt sein müssen, dass frühere Studien auf der Grundlage des gleichen Messkonzepts zu ganz anderen Ergebnissen gelangen; sie hätten diese Vorarbeiten berücksichtigen und sich fragen müssen, woher die Abweichungen zu ihren Resultaten wohl rühren. Das ist es, was man landläufig unter wissenschaftlicher Redlichkeit versteht. Unter anderem haben sich Anfang 2017 Forscher des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) ebenfalls mit dem Thema der Erwerbsarmut befasst. Für den gleichen Zeitraum ermitteln sie einen Anstieg der Erwerbsarmutsquote um „nur“ einen Prozentpunkt auf 9,8 Prozent. Ähnlich fallen die Ergebnisse anderer Studien aus, darunter der Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung.

Eine Erklärung für die Abweichungen zu den WSI-Zahlen ist im verwendeten

Datensatz zu suchen – und man sollte von seriöser Wissenschaft verlangen, dass sie dies nicht verschweigt. Die in der WSI-Studie verwendeten Daten der europäischen Haushaltsbefragung (EU-SILC) sind wegen Stichprobenverzerrungen mit großer Vorsicht zu verwenden. Aus diesem Grund greifen sämtliche anderen Untersuchungen auf die belastbareren Daten des deutschen Sozio-ökonomischen Panels (SOEP) zurück.

Fakt ist, dass die Erwerbsarmutsquote seit Beginn der 2000er Jahre zugenommen hat, wenn auch weit weniger dramatisch als vom WSI behauptet. Falsch ist jedoch, wenn dies als Indiz für eine steigende Zahl der „working poor“ gewertet wird. Arm trotz Vollzeitarbeit ist etwas anderes als arm trotz Minijob. Wer beides in einen Topf wirft, unterschlägt die Hälfte der Wahrheit, obwohl die Unterscheidung ein Leichtes gewesen wäre. Eine vom Institut der deutschen Wirtschaft veröffentlichte Studie weist darauf hin, dass etwa 4 Prozent der Vollzeiterwerbstätigen von Erwerbsarmut betroffen sind. Wie sich deren Anteil in den vergangenen zehn Jahren entwickelt hat, weiß erstaunlicherweise niemand genau.

Hinter dem von der WSI-Studie vermeintlich zutage geförderten Skandal ei-

ner rasant steigenden Erwerbsarmut könnte in Wirklichkeit sogar eine bescheidene Erfolgsgeschichte stecken: Wenn vormalige Transferbezieher durch die mit den Hartz-Reformen eingeführte Aktivierungspolitik eine geringfügige Erwerbstätigkeit aufnehmen, die ihr Einkommen verbessert, ist das ein Fortschritt gegenüber dem reinen Transferbezug. Die propagierte Entschärfung der Zumutbarkeitsregeln würde dann zwar die Quote der Erwerbsarmen verringern, nicht aber die Quote der Armen insgesamt. Paradoxerweise würde sich das Ausmaß der Armut für die Betroffenen sogar verschärfen.

Wissenschaft hat eine gesellschaftliche Verantwortung, die man nicht geringschätzen sollte. Man kann von einem nicht mit Expertenwissen ausgestatteten Publikum kaum erwarten, dass es die Stärken und Schwächen wissenschaftlicher Erkenntnis und die Grenzübertretungen der Wissenschaft zur politischen Propaganda einschätzen kann. Der Glaubwürdigkeitsverlust, der durch solche leichtfertigen oder absichtlichen Grenzüberschreitungen ausgelöst wird, trifft den Wissenschaftsbetrieb insgesamt. Es ist an der Zeit, dass er sich dagegen zur Wehr setzt. Erkenntnisfortschritt entsteht nicht, indem man sich seine Zahlen nach dem jeweiligen Glaubensbekenntnis aussucht. Erkenntnisfortschritt erwächst aus der sachlichen und konstruktiven Auseinandersetzung mit Widersprüchen. Alles andere ist nutzlose Pseudo-Wissenschaft.

Hilmar Schneider leitet das Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit (IZA) in Bonn.

Fake News sind frei erfundene Nachrichten. Spätestens seit dem Amtsantritt von Donald Trump sind sie in aller Munde, ebenso wie die von seiner Administration in die Welt gesetzten „alternativen Fakten“. Im Wissenschaftsbetrieb kennt man eine subtilere Variante, die man als suggestive Fakten bezeichnen könnte. Die Fakten als solche stimmen (meistens jedenfalls), aber ihre Bewertung ist oft irreführend, wenn nicht gar bewusst verzerrt. Leider unternimmt der Wissenschaftsbetrieb gegen solche Manipulationsversuche nicht genug und läuft daher Gefahr, seine Reputation in der Öffentlichkeit nachhaltig zu untergraben.

Erst kürzlich hat das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut (WSI) der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung eine Veröffentlichung zur sogenannten Erwerbsarmut vorgelegt und damit die Öffentlichkeit alarmiert (F.A.Z. vom 7. Juli). Die Kernaussage lautet, dass sich der Anteil der Arbeitnehmer in Deutschland, die trotz Arbeit kein Einkommen über einer bestimmten Armutsgrenze (60 Prozent des Medianeinkommens aller Haushalte in Deutschland) erreichen, zwischen 2004 und 2014 von knapp 5 auf fast 10 Prozent verdoppelt habe. Suggestiert wird damit, das aus den Vereinigten Staaten bekannte Phänomen der „working poor“ sei nun auch in Deutschland rasant auf dem Vormarsch. Entsprechend weitreichend sind die Schlussfolgerungen: Erwerbsarmut müsse vor allem durch höhere staatliche Transferleistungen und durch eine Entschärfung der Zumutbarkeitsregeln im